

PRESSEMITTEILUNG des Bezirks Berlin-Brandenburg

Kürzung beim Programm für Zivilcourage politisch instinktlos

Bezirkspressestelle

PM 34/14
Dieter Pienkny , Mediensprecher,
030, 21240-111

30. Juli 2014

Als politische Instinkttlosigkeit und falsches Signal an alle gesellschaftlichen Kräfte wertet der DGB Überlegungen im Bundesjugendministerium, das neue Bundesprogramm „Demokratie leben“ von 50 Mio. € jährlich auf rd. 30 Mio. Euro zu kürzen. Aus dem Vorläuferprogramm bestreitet u.a. die DGB-Jugend Berlin und Brandenburg ihre Projekte zur Förderung von Zivilcourage an Schulen in der Region.

Allein in diesem Jahr wurden 64 Projektstage an 30 Schulen organisiert, um für demokratische Werte und eine pluralistische Gesellschaft zu werben. Dabei wird die Sozialkompetenz der SchülerInnen gefördert und über die Ursachen von Diskriminierung informiert. Die DGB-Jugend engagiert sich hier im bundesweiten Netzwerk für Demokratie und Courage, dem Jugendverbände wie die Katholische Jugend und auch die AWO angehören. Die Arbeit des gesamten Netzwerks ist durch den finanziellen Aderlass bedroht. Mit seinen Courage-Seminaren erreicht das Netzwerk im Durchschnitt 24.000 Schüler und Schülerinnen pro Jahr.

Die Vorsitzende des DGB, Bezirk Berlin und Brandenburg, **Doro Zinke**, verweist darauf, dass gerade die aktuellen kriegerischen Auseinandersetzungen in Nahost Rassismus und Antisemitismus wieder hochkochen lassen, wie die Ereignisse in Berlin zeigten. Pädagogische Arbeit im Rahmen der Förderung von Zivilcourage benötige Kontinuität und Verlässlichkeit. Projekte ließen sich nicht an- und ausknipsen je nach politischer Interessenlage. Die vergangenen Jahre hätten gezeigt, wie notwendig es sei, auf allen gesellschaftlichen Ebenen gegenzusteuern, um Rassismus und Rechtsradikalismus den Nährboden zu entziehen: in den Schulen, in Elternhäusern, Verbänden, am Arbeitsplatz und auch in den Gewerkschaften. Der Virus des Rassismus und Antisemitismus vergifte bereits unsere Gesellschaft und mache sie anfälliger für Intoleranz gegenüber Andersdenkenden, Migranten und Religionsgruppen.